

Schrebergärten – zu wenig sozial für die Stadt Zürich?

Nun soll es also den Schrebergärten an den Kragen gehen. Der Stadtrat soll gemäss einem Postulat von Links-Grün prüfen, wie ein Teil davon umgenutzt werden kann, „um den heutigen, veränderten Bedürfnissen der Stadtbevölkerung gerecht zu werden“. Was das ist, weiss Links-Grün natürlich am besten - alternative Nutzungen wie beispielsweise «urban gardening/farming», Spielplätze und Grillstellen sind angesagt. Vor allem aber sollen die Gärten nicht mehr einzelnen Familien zum Anpflanzen von Gemüse, Beeren, Früchten dienen, sondern allen offen stehen.

Die Bereitstellung von Gartenland war eine soziale Errungenschaft der frühen Neuzeit. Familien, die sich nie ein eigenes Grundstück hätten leisten können, wurde damit die Möglichkeit geboten, sich mit dem Anbau von Kartoffeln und Gemüse bis zu einem gewissen Grad selber zu versorgen. Die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung haben sich seither gewiss verändert. Der Beliebtheit von Schrebergärten hat das aber nicht geschadet. Von der unvermindert hohen Nachfrage zeugen jahrelange Wartefristen. Heute steht eher die kreative und produktive Freizeitbeschäftigung im Vordergrund. Genutzt werden sie aber noch immer von Familien, die sonst kaum Zugang zu einem eigenen Stückchen Land bekämen. Zudem wird gerade auf den Schrebergarten-Arealen die Durchmischung, welche Links-Grün beispielsweise für Wohngemeinschaften als Ideal hinstellt, in besonderem Masse Realität.

Zürich ist nicht arm an Grünflächen. Wer ins Grüne will, ist das von jedem Quartier aus in wenigen Tramminuten. Darum kann es den Postulanten also nicht gehen. Es soll ja auch gar nicht mehr Grün entstehen, vielmehr soll das bestehende anders genutzt werden. Offenbar ist diese bewährte und beliebte soziale Einrichtung gewissen Kreisen gewissermassen zu wenig sozial. Sie stossen sich daran, dass es der öffentlichen Hand gehörende Grünflächen gibt, von denen nicht alle profitieren. Deren Nutzung soll daher kollektiviert werden. So klein die individuellen Gartenidylle auch sind, dass sich in ihnen jemand frei entfalten kann, ist Links-Grün ein Dorn im Auge.

Albert Leiser
Direktor Hauseigentümerverbände Stadt und Kanton Zürich